

Sitzungsniederschrift

Der Finanzausschuss der Stadt Kremmen führte die 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 13.03.2018 im Rathaus Kremmen, Am Markt 1, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße 1, um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Gebauer, Stefanie	Vorsitzende
Brunner, Christoph	Mitglied
Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Fiene, Klaus-Peter	sachkundiger Einwohner
Eschenbach, Manfred	sachkundiger Einwohner

b) abwesend

Grund, Herta	sachkundige Einwohnerin
--------------	-------------------------

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Schönrock	Kämmerin
Herr Busse	Bürgermeister
Frau Kotke	Schriftführerin

d) Gäste

Herr Kuhn	Geschäftsführer Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH
-----------	--

e) Abgeordnete

Herr Tietz, Herr Dietrich, Herr Förster, Herr Glanzer, Herr Koop

f) Bürger: 5

g) Presse: ./.

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **04.03.2018** auf **Dienstag**, den **13.03.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Die Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **-ordnungsmäßige** - Einberufung **keine** Einwendungen erhoben wurden.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 21.11.2017
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung über die vorläufige Ergebnisrechnung Haushaltsjahr 2017
6. Aufstellung der übertragenen Haushaltsmittel von 2017 nach 2018
7. Beratung und Empfehlung: Antrag auf Kapitalerhöhung der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH
8. Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Asylbewerberwohnanlage per 31.12.2017
9. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 21.11.2017
2. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift Finanzausschusssitzung am 13.03.2018	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enth
I. Öffentlicher Teil				
1.	<p>Eröffnung der Sitzung Frau Dr. Gebauer eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Herr Busse begrüßt ebenfalls alle Anwesenden, besonders Herrn Bröker, der zur heutigen Sitzung eingeladen wurde und die Nachfolge von Frau Schönrock als neuer Kämmerer der Stadt Kremen ab 01.04.2018 antreten wird. Er bittet Herrn Bröker um kurze Vorstellung. In der SVV am 22.03.2018 wird Herr Bröker sich dann den Stadtverordneten vorstellen. Herr Bröker bedankt sich zunächst für die Einladung und stellt seine Person und seinen beruflichen Werdegang vor. Er berichtet, dass er 2010 mit Einführung der Doppik zum öffentlichen Dienst gekommen ist.</p>			
2.	<p>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 21.11.2017 Es werden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vorgetragen, somit gilt dieser als bestätigt.</p>			
3.	<p>Feststellung der Tagesordnung Änderungsanträge werden nicht gestellt, somit wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.</p>			
4.	<p>Einwohnerfragestunde Es erfolgen keine Wortmeldungen.</p>			
5.	<p>Beratung über die vorläufige Ergebnisrechnung Haushaltsjahr 2017 Frau Schönrock macht Ausführungen zur vorläufigen Ergebnis- und Finanzrechnung 2017. Sie gibt Erläuterungen zu den Mehr- und Mindererträgen und dem Mehr- und Minderaufwand und beantwortet Anfragen. Die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen 13.561,9 T€ und die Aufwendungen 11.826,2 T€. Daraus ergibt sich ein vorläufiger Gesamtüberschuss von 1.817,9 T€. Mit 500,0 T€ bis 700,0 T€ wird der Haushalt noch durch die Abschreibungen belastet werden. Sie schätzt ein, dass das Jahr 2017 mit einem positiven Ergebnis abschließen wird. Das vorläufige Ergebnis 2017 wird als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.</p> <p>Zu den Gewerbesteuereinnahmen erkundigt sich Herr Eschenbach, ob es sich im Wesentlichen um Nachzahlungen aus Vorjahren handelt. Frau Schönrock informiert, dass sie die Gewichtung nicht sagen könne. Hat ein Gewerbetreibender ein gutes Jahr, muss er natürlich auch Gewerbesteuervorauszahlung leisten. Es kann aber auch sein, dass Gewerbesteuer zurück gezahlt werden muss.</p> <p>Herr Tietz fragt an, wie Frau Schönrock die Haushaltslage aus</p>			

	<p>heutiger Sicht einschätzt. Frau Schönrock teilt mit, dass sie mit einem Überschuss von 1,0 Mio€ rechnet. Ein Überschuss von einer knappen Million heißt aber nichts anderes, als dass wir unsere Rücklage stärken, z.B. für unvorhersehbare Reparaturen.</p> <p>Anschließend erfolgen Ausführungen zur Finanzrechnung. Dazu wurde von Frau Schönrock eine Auflistung der Investitionen 2017 erstellt, in der die geplanten und die umgesetzten Maßnahmen aufgeführt sind. Die Liste wird allen Ausschussmitgliedern übergeben. Herr Busse merkt an, dass es sich bei der Summe 168.373,10 € beim Feuerwehrfahrzeug um Fördermittel handelt. Die Fördermittel sind 2017 geflossen und wurden bezahlt. Es kommen für 2018 keine weiteren Fördermittel.</p> <p>Frau Lühder kritisiert, dass das Zahlenwerk nicht mittels Power-Point-Präsentation erfolgt. Frau Dr. Gebauer teilt mit, dass es sich um eine sehr kleine Schrift handelt, die auch auf den hinteren Plätzen nicht zu erkennen ist und außerdem jemand abgestellt werden müsste, der den Laptop bedient. Frau Lühder erkundigt sich daraufhin, ob eine Einstellung im Internet möglich sei. Frau Dr. Gebauer teilt mit, dass in der SVV darüber beraten werden müsse, ob auch die Unterlagen der Ausschüsse ins Internet eingestellt werden sollen.</p> <p>Herr Brunner erfragt die Bedeutung der Abkürzungen eD und uD. Frau Schönrock erläutert, dass sich dahinter die Begriffe "echte Deckung" und "unechte Deckung" verbergen. Das bedeutet, das Konto ist mit einem anderen Ertrags- oder Aufwandskonto deckungsfähig.</p> <p>Frau Schönrock teilt mit, dass die Zahlung zu den Erschließungsbeiträgen noch einmal überprüft werden muss. Das wird mit ins Protokoll aufgenommen.</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: In 2017 betragen die gezahlten Beiträge 72.407,55 €.</p>			
6.	<p>Aufstellung der übertragenen Haushaltsmittel von 2017 nach 2018</p> <p>Frau Dr. Gebauer informiert, dass eine Resteübertragung von insgesamt 922.352,73 € vom Jahr 2017 ins Jahr 2018 erfolgt ist. Der Kassenbestand per 31.12.2017 beträgt 2,3 Mio€, davon sind 724,0 T€ Bestand der Wohnungsbaugesellschaften. Bei der Bewertung des Kassenbestandes ist zu beachten, dass er den Bestand an fremden Finanzmitteln i.H.v. ca. 213,0 T€ tragen muss, die Resteübertragung tragen muss und die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung i.H.v. 230,0 T€ decken muss. Damit sind bereits 2.089.843,25 € fest gebunden. Frau Dr. Gebauer verteilt eine Vorlage, in der die</p>			

	<p>Kassenbestände zum Ende der Jahre 2014 bis 2017 dargestellt wurden. Hieraus ist ein jährlicher Anstieg zu erkennen.</p> <p>Herr Brunner spricht die Bestände der Wohnungsbaugesellschaften an und äußert sich sehr verärgert und lautstark darüber, dass so wenig für Wohnungsmodernisierung bzw. Wohnungsneubau ausgegeben wird.</p> <p>Er wird daraufhin von der Ausschussvorsitzenden ermahnt.</p> <p>Herr Kuhn teilt mit, dass auf den Konten der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH Mittel i.H.v. ca. 195,0 T€ € liegen. Die restlichen Mittel betreffen die Pruß Hausverwaltung Strausberg.</p>			
7.	<p>Beratung und Empfehlung: Antrag auf Kapitalerhöhung der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH</p> <p>Frau Dr. Gebauer verweist auf das Schreiben der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH.</p> <p>Herr Eschenbach spricht die Laufzeit von 10 Jahren an und macht deutlich, dass bei dem derzeitigen Zinssatz eine Laufzeit von 20 oder 25 Jahre angestrebt werden sollte. Nach 10 Jahren habe man ein Sonderkündigungsrecht und könne sich ggf. nach anderen Konditionen umsehen. Er empfiehlt eine niedrige Kreditsumme aufzunehmen und dafür eine längere Laufzeit zu wählen.</p> <p>Herr Kuhn informiert, dass er noch keinen Kreditvertrag unterzeichnet hat. Er spricht die kalkulierte Miete von 7,80/m² an und macht deutlich, dass er diese nicht mehr halten kann, wenn die Zinsen in 10 Jahren bei 4% oder mehr liegen. Er wird sich die Anregungen von Herrn Eschenbach überlegen.</p> <p>Herr Brunner erkundigt sich nach den Auswirkungen, wenn keine Kapitalerhöhung, sondern ein Bauzuschuss beantragt wird. Ein Bauzuschuss ist seiner Ansicht nach günstiger bei den Verhandlungen mit den Banken.</p> <p>Herr Kuhn teilt mit, dass er eine Kapitalerhöhung im Handelsregister eintragen lassen muss. Einen Bauzuschuss muss er evtl. noch versteuern.</p> <p>Frau Schönrock stellt klar, dass dann geprüft werden müsse, ob es sich um Beihilfe handelt und für die Stadt ist es dann ein Aufwand.</p> <p>Wenn man mehr Eigenkapital einbringt, erhält man normalerweise einen zinsgünstigen Kredit, merkt Herr Fiene an. Auch er empfiehlt, eine längere Laufzeit zu wählen.</p>			

Herr Busse merkt an, dass ein reiner Zuschuss an die Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH für die Stadt haushalterisch zur Folge hätte, dass der Zuschuss als Aufwand verbucht werden muss und somit den Ergebnishaushalt belasten würde. Eine reine Kapitalerhöhung dagegen belastet nur den Finanzhaushalt und hat keine Auswirkung auf den Ergebnishaushalt. Herr Kuhn kann nur mit den Maßnahmen beginnen, wenn er ein positives Feedback von den Abgeordneten erhält.

Frau Dr. Gebauer weist darauf hin, dass Herr Kuhn jährliche Gewinne errechnet hat. Sie fragt an, warum diese nicht gleich für die Tilgung des Kredites genutzt werden, um die Laufzeit zu verkürzen. Herr Kuhn informiert, dass er Bewirtschaftungskosten von 20% mit reinrechnen muss. Frau Dr. Gebauer erkundigt sich, ob Herr Kuhn die Kapazität hat, so ein Projekt (Bau von 12 Wohnungen) neben der Verwaltung der Bestandshäuser/-wohnungen umzusetzen. Herr Kuhn stellt klar, dass er den Bau nicht mit eigenen Kräften stemmen wird, sondern Firmen beauftragt werden.

Frau Dr. Gebauer lenkt das Augenmerk auf den ungebundenen Restbestand von 245,0 T€. Sie findet es gut, dass Wohnungsbau betrieben wird, aber es sei eine freiwillige Aufgabe der Kommune. Sie spricht Engpässe bei den Kitaplätzen, Turnhalle, Bau der Feuerwache und Klubhaus an und ist der Ansicht, dass der Fokus erst auf den Pflichtaufgaben liegen sollte und erst dann könne sich die Kommune freiwilligen Aufgaben widmen.

Herr Brunner spricht erneut die 725,0 T€ an, die auf den Konten der Wohnungsbaugesellschaften liegen und nicht für Wohnungsbau bzw. Reparaturen eingesetzt werden. Weiterhin regt er an, ein Sondertilgungsrecht mit zu vereinbaren.

Herr Busse nimmt Stellung zu den von Frau Dr. Gebauer angesprochenen Engpässen und stellt klar, dass die Stadt bemüht sei, die Baumaßnahmen ordnungsgemäß herzustellen. Das Klubhaus wird über Fördermittel und Krediten finanziert. Bei den Kita-Plätzen sei man im Gespräch und der Schul- und Vereinssport finde in der Turnhalle statt. Für die kleine Halle wird eine politische Entscheidung benötigt. Herr Kuhn habe die Baugenehmigung bereits seit zwei Jahren vorliegen, die Abgeordneten müssen nun sagen, ob Wohnraum geschaffen werden soll.

Herr Voigt spricht sich für die Umsetzung der Maßnahme aus

	<p>und macht deutlich, dass dies für die Stadt und auch für die Wohnungsbaugesellschaft wichtig sei. Der Bau der Wohnungen und auch der Reparaturstau sollten zügig angegangen werden.</p> <p>Frau Dr. Gebauer spricht die Kassenbestände der Wohnungsbaugesellschaften 2016 und 2017 an und erkundigt sich, was hinter der Erhöhung von ca. 200,0 T€ steckt. Frau Schönrock erläutert, dass dies ein Überschuss aus Mieteinnahmen ist.</p> <p>Herr Busse geht auf die 500,0 T€ der Pruß Hausverwaltung ein und stellt klar, dass an den Wohnungen in Beetz viele Jahre nichts gemacht wurde. Das müsse dringend geändert werden. Frau Dr. Gebauer schlägt vor, die beantragten 250,0 T€ von den Kassenbeständen der Wohnungsbaugesellschaften zu nehmen, weil das für Wohnungsbau ist.</p> <p>Herr Koop spricht die Kreditobergrenze der Stadt Kremmen an. Frau Schönrock macht deutlich, dass sich dies nach der Finanzkraft der Stadt richte. Wenn man sich den Haushalt für 2018 und die Planung für 2019 ansieht, stellt man fest, dass wir noch die hohe Tilfung für die Kredite der Asylbewerberunterkünfte haben.</p> <p>Nach eingehender Diskussion erfolgt folgende einstimmige Empfehlung:</p> <p>Die Mittel sollen aus den Konten der Wohnungsbaugesellschaften abgerufen werden.</p>			
<p>8.</p>	<p>Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Asylbewerberwohnanlage per 31.12.2017</p> <p>Frau Dr. Gebauer teilt mit, dass für 2016 Miteinnahmen für ein halbes Jahr eingestellt waren, aber ein verspäteter Einzug (Oktober) stattfand. Damit sind natürlich auch die Bewirtschaftungskosten geringer ausgefallen. Für 2017 wurden die vollen Mieteinnahmen gezahlt. Da die Häuser jedoch nicht voll belegt waren, sind die Bewirtschaftungskosten wieder geringer als geplant ausgefallen.</p> <p>Herr Eschenbach weist darauf hin, dass die Abschreibungen noch fehlen.</p> <p>Herr Koop erkundigt sich, wo die Mittel für die anschließenden Umbaumaßnahmen stehen. Frau Schönrock macht darauf aufmerksam, dass diese Mittel erst in den Haushaltsunterlagen für 2019 enthalten sein werden. Es ist einer Kommune wirtschaftlich nicht genehmigt, eine Rückstellung für zukünftige</p>			

	Instandhaltung zu bilden. In der mittelfristigen Ergebnisplanung müssen die Mittel eingeplant werden.			
9.	<p>Sonstiges</p> <p>Herr Tietz bringt sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass sich in dieser Sitzung niemand zu den in der örtlichen Presse umgehenden Warnungen zur Vorsicht bei den Finanzen der Stadt, vor Verschwendung und von Bemühungen, den Haushalt zu schützen, äußerte. Er möchte seinen Standpunkt dazu in vier Punkten zusammengefasst zu Protokoll geben:</p> <p>"1. Auch er freue sich über den stabilen Haushalt der Stadt, schon über viele Jahre, gestaltet von den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung, dem Finanzausschuss, der Kämmerin und den Bürgermeistern.</p> <p>2. Bei Mahnungen zur Finanzdisziplin gilt der Haushaltsplan. Ihm seien keine Abweichungen bekannt.</p> <p>3. Bei Entscheidungen über den Einsatz zusätzlicher Mittel gilt das Prinzip: Empfehlungen über ihre Verwendung im Finanzausschuss, Beschlüsse dazu in der Stadtverordnetenversammlung.</p> <p>4. Wir brauchen in Kremmen keine neuen Wächter über das Soziale. Das macht der Kultur- und Sozialausschuss, der schon seit Jahren darauf achtet, dass der Anteil an Aufwendungen für Soziales, Bildung, Kultur und Sport immer 30-40 % des Gesamthaushaltes ausmacht.</p> <p>Jetzt sei die Zeit, die Vorschläge für den Haushalt 2019 einzureichen."</p> <p>Frau Dr. Gebauer informiert anschließend über die Terminplanung zur Vorstellung der neu entworfenen Kita-Satzung. In der Kultur- und Sozialausschusssitzung am 26.04.2018 soll die Empfehlung der Kita-Satzung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie würde gern die Auswirkungen der neuen Kita-Satzung auch im Finanzausschuss beleuchten und schlägt vor, eine Sondersitzung zu dieser Thematik einzuberufen. Die Ausschussmitglieder einigen sich auf den 24.04.2018, 19.00 Uhr.</p> <p>Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht, Frau Dr. Gebauer beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20,34 Uhr.</p>			